

1 Antrag A1:

2

3 Antragsstellende: Ben Kilian Huster, Ender Atakul, Jean Köppe, Hanna Krüger, Ronja Heeland,
4 Thomas Wulfes, Janne Irmisch, Ulrike Rößling, Elmas Wieczorek-Hahn, Marisa Breßler, Fritz Stephan,
5 Maurice Lüttich

6 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

7 **Spandauer Wahlprogramm**

8 **Inhaltsverzeichnis**

Vorwort	2
Klassenpolitik.....	3
Bildung, Kinder, Jugend	3
Arbeit, Armut, bezahlbares Leben.....	5
Leben im Alter	6
Gesundheit & Krisenintervention.....	7
Inklusion, Soziales & Familienunterstützung.....	8
Spandau für Alle.....	10
Spandau mit allen.....	10
Geschlechtsspezifische Gewalt und Partnerschaftsgewalt stoppen	12
Schutz für alle	13
Sicherheit für alle	14
Lebenswerter Bezirk.....	18
Mieten und Wohnen	18
Klima und Umwelt.....	19
Verkehr	21
Nachbarschaft und Kieze	25
Nachbarschaftshilfe, die wirklich ankommt	25
Streiten ohne Gericht	25
Orte der Begegnung – für alle, nicht nur für manche	26
Bildung und Kultur für Alle	27
Natur: Ein Grundbedürfnis	27
Ein sauberes Spandau	28
Nahversorgung im Kiez.....	28
Rathaus für die Menschen	30
Verwaltung	30
Verwaltung für die Menschen	30
Barrierefreiheit	31
Beteiligung.....	31

9

10 **Vorwort**

11 Spandau ist ein vielfältiger Bezirk. Familien, Alleinerziehende, Kinder und Jugendliche, ältere
12 Menschen, Menschen mit Behinderungen, Queers, Zugezogene und alteingesessene Nachbar:innen
13 leben hier mit unterschiedlichen Lebensrealitäten – verbunden durch den Wunsch nach einem
14 guten, sicheren und bezahlbaren Leben. Dieses Leben darf kein Zufall sein und nicht vom Geldbeutel,
15 der Herkunft, dem Wohnort oder der körperlichen Verfassung abhängen. Es muss politisch erkämpft
16 und gestaltet werden.

17 Ein zentraler Schwerpunkt unseres Programms ist soziale Gerechtigkeit. In Spandau entscheidet
18 noch immer zu oft die Postleitzahl über Bildungs-, Gesundheits- und Lebenschancen. Armut belastet
19 ganze Kieze, verschärft Ungleichheit und macht krank. Wir stellen uns dem entschieden entgegen –
20 mit starken öffentlichen Strukturen, kostenlosem Zugang zu Bildung, guter Arbeit statt Prekarität
21 und einer armutsfesten Absicherung. Niemand soll im Alter in Armut und Einsamkeit leben, kein
22 Kind ohne Unterstützung aufwachsen müssen.

23 Dieses Wahlprogramm beschreibt, was für uns einen lebenswerten Bezirk ausmacht: ein Spandau,
24 das niemanden zurücklässt. Öffentliche Räume, Wohnen, Mobilität, Bildung, Gesundheit, soziale
25 Infrastruktur und politische Beteiligung müssen allen offenstehen. Sicherheit verstehen wir als
26 soziales Versprechen, das durch Teilhabe, Prävention und gute Lebensbedingungen entsteht – nicht
27 durch Kontrolle oder Ausgrenzung.

28 Ein lebenswerter Bezirk bedeutet für uns außerdem, dass Menschen gut und sicher wohnen können,
29 Klima- und Naturschutz ernst genommen werden und Mobilität für alle funktioniert. Bezahlbarer
30 Wohnraum ist die Grundlage für ein stabiles Leben und muss durch konsequenten Milieuschutz, die
31 Verfolgung von Mietwucher und eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung gesichert werden.
32 Gleichzeitig stellen wir uns der Klimakrise mit klimaresilienten Quartieren, Entsiegelung, Schutz der
33 Biodiversität, erneuerbaren Energien und einer gerechten Wärmeversorgung. Dazu gehört eine
34 Mobilität, die Teilhabe ermöglicht: gute Wege zu Fuß, mit dem Fahrrad und ein starker, barrierefreier
35 ÖPNV sowie sichere Stadtplätze.

36 Wir zeigen außerdem, wie lebendige Nachbarschaften und funktionierende Kieze aussehen können
37 – mit Nachbarschaftshilfe, Streitschlichtung, Begegnungsorten, Natur, Sauberkeit und guter
38 Nahversorgung.

39 Dafür braucht es auch ein Rathaus, das für die Menschen da ist: barrierefrei, diskriminierungsfrei,
40 transparent und gut erreichbar. Eine Verwaltung soll beraten statt abschrecken, Anträge
41 vereinfachen, Zuständigkeiten bündeln und demokratische Beteiligung ermöglichen. Gute
42 öffentliche Dienstleistungen brauchen ausreichend Personal, gute Arbeitsbedingungen und eine
43 demokratisch gestaltete Digitalisierung.

44 Dieses Wahlprogramm ist unser Angebot für ein solidarisches, gerechtes und lebenswertes Spandau
45 – und eine Einladung, diesen Bezirk gemeinsam mutig, entschlossen und miteinander zu verändern.

46 **Klassenpolitik**

47 In Spandau entscheidet noch immer der Geldbeutel darüber, wie gut Kinder aufwachsen, wie sicher
48 Erwachsene leben und wie würdevoll Menschen alt werden – das ist Klassengesellschaft, nicht
49 Schicksal. Rund 35 Prozent aller Kinder und Jugendlichen leben von Grundsicherungsleistungen, fast
50 ein Viertel der Spandauer:innen gilt als armutsgefährdet. Hinter diesen Zahlen stehen
51 Alltagserfahrungen von Mangel: Kinder ohne regelmäßige warme Mahlzeiten, Familien, die
52 zwischen Schulmaterialien und Stromrechnung abwägen müssen, und Jugendliche, denen
53 Bildungs- und Freizeitangebote verschlossen bleiben.

54 Sozial- und Gesundheitsberichte zeigen, dass Spandau zu den am stärksten belasteten Bezirken
55 Berlins gehört. Hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Erwerbstätigkeit und ganze Kieze, in denen Armut
56 Alltag ist, prägen den Bezirk. Viele Menschen sind dauerhaft in prekären
57 Beschäftigungsverhältnissen gefangen, während steigende Mieten und unsichere Arbeit Profite für
58 Konzerne ermöglichen – bezahlt mit der Gesundheit, der Zeit und den Zukunftschancen der
59 Beschäftigten.

60 Armut verschlechtert Bildungs-, Gesundheits- und Lebenschancen und wirkt über Generationen
61 hinweg. Kinder aus armen Familien haben geringere Chancen auf gute Abschlüsse und sichere Jobs,
62 Menschen in armutsbelasteten Kiezen werden häufiger krank und erhalten dennoch schlechtere
63 Versorgung. Auch im Alter setzt sich diese Ungerechtigkeit fort, wenn Senior:innen von
64 Grundsicherung leben, auf Mobilität und Teilhabe verzichten und vereinsamen. Diese Zustände sind
65 kein Naturgesetz, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen. Soziale Gerechtigkeit bedeutet für
66 uns daher: Kein Kind wächst arm auf, Bildung hängt nicht von Herkunft ab, gute Arbeit ersetzt
67 Prekarität und niemand lebt im Alter in Armut und Einsamkeit.

68 **Bildung, Kinder, Jugend**

69 **Postleitzahl darf nicht über Chancen entscheiden**

70 In Spandau entscheidet die Postleitzahl viel zu oft darüber, ob Kinder gute Startchancen haben oder
71 von Anfang an aussortiert werden. Wer in einem armen Haushalt aufwächst, lebt häufig in beengtem
72 Wohnraum, hat weniger Ruhe zum Lernen, keine Nachhilfe und keine Eltern, die teure
73 Schulmaterialien oder Vereinsbeiträge stemmen können. Armut frisst sich von der Kita bis zur
74 Berufsschule durch die Biografie – und das ist kein Zufall, sondern Ergebnis einer Bildungspolitik, die
75 Kinder nach sozialer Herkunft sortiert, statt allen die besten Bedingungen zu geben.

76 Wir sagen: Kein Kind in Spandau darf aus Hunger, wegen fehlender Hefte oder unbehandelter
77 Probleme aus dem Unterricht fallen. Darum wollen wir einen Bezirk, der alles daran setzt, jedem
78 Kind einen Bildungserfolg zu ermöglichen. Dazu gehören gut ausgestattete Kitas und Schulen,
79 verpflichtende Schulsozialarbeit, kostenloses Essen, vollständige Lernmittelfreiheit und starke
80 Jugendangebote vor Ort. Spandau muss sich beim Land dafür einsetzen, dass Schulsozialarbeit an
81 jeder Schule verbindlich vorgeschrieben wird und insbesondere in besonders armutsbelasteten
82 Kiezen zuerst zusätzliche Stellen geschaffen werden.

83 **Frühkindliche Bildung**

84 Gerade in armutsbelasteten Kiezen müssen Kitas mehr sein als Aufbewahrungsorte. Wir wollen Kitas
85 als starke, öffentliche Bildungs- und Familienzentren, in denen ausreichend Fachkräfte arbeiten,
86 gezielte Sprachförderung stattfindet, Eltern Beratung erhalten und Sozialarbeiter:innen fest
87 dazugehören. Der Bezirk soll dafür sorgen, dass in den besonders belasteten Quartieren zusätzliche
88 Stellen für Kita-Sozialarbeit geschaffen werden und Kitas eng mit Familienzentren, Frühförderung
89 und Jugendhilfe kooperieren.

90 Unser Ziel ist klar: Kein Kind soll in der Schule scheitern, weil im Kita-Alter an Personal, Plätzen oder
91 Unterstützung gespart wurde. Deshalb setzen wir dort an, wo soziale Ungleichheit beginnt, und
92 stellen uns gegen Kürzungen, Privatisierung oder eine Verlagerung der Verantwortung auf private
93 Träger. Öffentliche Kitas im Bezirk müssen gezielt gestärkt werden.

94 **Schule: Schulsozialarbeit, kostenloses Essen und Lernmittel für alle**

95 In Spandau erleben Lehrkräfte jeden Tag, was Kinderarmut bedeutet: Kinder, die ohne Frühstück in
96 den Unterricht kommen, Jugendliche mit massiven Sorgen zu Hause, Konflikte, Mobbing und
97 psychische Belastungen. Schulsozialarbeit ist deshalb eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Wir wollen
98 an jeder Spandauer Schule mindestens eine voll ausgestattete Stelle mit verlässlicher Finanzierung,
99 klarer Verankerung in Jugendhilfe und Schule und ohne permanente Projektbefristungen.
100 Schulsozialarbeit muss Standard werden und in multiprofessionellen Teams organisiert sein, die
101 Kinder begleiten, Familien beraten, Krisen auffangen und verhindern, dass junge Menschen aus dem
102 System fallen.

103 Lernen darf außerdem nicht am Geld scheitern. Deshalb soll Spandau gemeinsam mit Schulen, Eltern
104 und Trägern ein Programm für kostenfreies, gesundes Schulessen aufbauen, das schrittweise an
105 allen Kitas und Schulen eingeführt wird – beginnend in armutsbetroffenen Kiezen. Kostenlose
106 Mahlzeiten müssen ohne Stigmatisierung, ohne komplizierte Anträge und ohne Scham möglich sein.
107 Gleichzeitig braucht es vollständige Lernmittelfreiheit: Bücher, Hefte, digitale Endgeräte und andere
108 Materialien müssen allen Schüler:innen kostenfrei zur Verfügung stehen. Dazu soll der Bezirk einen
109 kommunalen Lernmittel-Fonds aufbauen, aus dem Schulen Materialien leihen oder bereitstellen
110 können, damit kein Kind wegen Geldmangels ohne Ausstattung im Unterricht sitzt.

111

112 **Räume und Rechte für junge Menschen**

113 Soziale Gerechtigkeit endet nicht am Schultor. Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen
114 Familien sind häufig von Musikschulen, Sportvereinen oder kulturellen Angeboten ausgeschlossen.
115 Wir wollen deshalb wohnortnahe, kostenlose oder sehr günstige Freizeitangebote für alle jungen
116 Menschen. Jugendzentren, Bibliotheken, Sport- und Kulturangebote müssen dauerhaft gesichert
117 und ausgebaut werden – unabhängig von Sponsoren oder kurzfristiger Projektförderung. In
118 besonders belasteten Kiezen sollen neue Angebote entstehen, die jungen Menschen verlässliche
119 Räume für Freizeit, Begegnung und Unterstützung bieten.

120 Junge Menschen dürfen nicht nur als Zielgruppe behandelt werden, sondern müssen selbst
121 politische Akteur:innen sein. Wir setzen uns für verbindliche und wirksame Jugendbeteiligung im
122 Bezirk ein, etwa durch ein Jugendparlament oder einen Jugendbeirat, der bei Fragen zu Schule,
123 Freizeit, Digitalisierung und Stadtentwicklung mitentscheidet. Wer täglich erlebt, wie sich Armut
124 anfühlt, muss auch mitbestimmen können, wie Spandau gerechter wird.

125

126 Arbeit, Armut, bezahlbares Leben

127 **Gute Arbeit statt Prekarität**

128 Prekäre Beschäftigung ist in Spandau längst kein Randphänomen mehr, sondern für viele Menschen
129 Alltag. Leiharbeit, Werkverträge, Minijobs, unfreiwillige Teilzeit, befristete Verträge und schlecht
130 bezahlte Solo-Selbstständigkeit halten Beschäftigte in ständiger Unsicherheit und verhindern
131 verlässliche Lebensplanung.

132 Als öffentlicher Auftraggeber hat der Bezirk reale Handlungsmacht – und muss sie auch nutzen.
133 Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die Tarifverträge einhalten, die
134 Mitbestimmung der Beschäftigten respektieren und Leiharbeit oder Werkverträge nicht zur
135 Lohndrückerei missbrauchen. Deshalb fordern wir die Einführung und konsequente Anwendung
136 einer strengen Tariftreue- und Vergabeordnung im Bezirk Spandau.

137 Gleichzeitig braucht es eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Perspektiven statt Endlosschleifen aus
138 Maßnahmen bietet. Der Bezirk soll Programme für öffentlich geförderte, tariflich bezahlte
139 Beschäftigung in sozialen, ökologischen und kulturellen Projekten auflegen – insbesondere für
140 Langzeiterwerbslose, Alleinerziehende sowie Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Ziel ist es,
141 Menschen in gute, abgesicherte Arbeit zu bringen, statt sie im Rotationskarussell aus Kurzzeitjobs,
142 Maßnahmen und Sperrzeiten festzuhalten.

143

144 **Beratungs- und Hilfsstrukturen im Kiez zur Armutsbekämpfung**

145 Armut bedeutet nicht nur wenig Geld, sondern auch dauerhaften Stress, Scham, Verschuldung und
146 Angst vor der nächsten Rechnung. Deshalb wollen wir ein flächendeckendes Netz an Beratungs- und
147 Unterstützungsangeboten im Bezirk aufbauen. Dazu gehören gut erreichbare Sozial- und
148 Schuldnerberatungsstellen, niedrighschwellige Anlaufstellen für Menschen in akuten Notlagen sowie
149 Unterstützung bei Anträgen und rechtlichen Fragen.

150 Der Bezirk soll Sozialberatungsstrukturen gezielt stärken, mobile Beratungsangebote in besonders
151 belasteten Quartieren ausbauen und die Zusammenarbeit mit freien Trägern, Mietervereinen,
152 Erwerbsloseninitiativen und Gewerkschaften intensivieren. In jeder Großsiedlung soll mindestens
153 eine gut erreichbare Anlaufstelle vorhanden sein, ergänzt durch regelmäßige Sprechstunden in
154 Nachbarschafts- und Stadtteilzentren. Zusätzlich braucht es eine bezirkliche Ombudsstelle, an die

155 sich Leistungsberechtigte bei Problemen mit dem Jobcenter oder dem Sozialamt wenden können
156 und die sie beim Widerspruch gegen rechtswidrige Bescheide unterstützt.

157 Ziel ist eine verlässliche soziale Infrastruktur im Kiez: Wer Probleme mit dem Jobcenter, dem
158 Vermieter oder dem Energieanbieter hat, soll in jedem Stadtteil eine Tür finden, hinter der geholfen
159 wird.

160

161 **Leben im Alter**

162 **Altersarmut: Kein würdevoller Lebensabend?**

163 Eine Gesellschaft, die Millionen Menschen nach einem langen Arbeitsleben in Armut und Isolation
164 zurücklässt, ist ungerecht – und Spandau bleibt davon nicht verschont. Viele ältere Menschen
165 müssen mit Renten auskommen, die kaum zum Leben reichen, und ziehen sich aus Scham oder
166 wegen fehlender Unterstützung aus dem gesellschaftlichen Leben zurück.

167 Die Linke will das ändern. Wir streiten auf Landes- und Bundesebene für eine armutsfeste
168 solidarische Rente, eine solidarische Mindestrente sowie ein Rentenniveau, das den Lebensstandard
169 im Alter sichert. Gleichzeitig übernehmen wir Verantwortung im Bezirk, um Altersarmut und
170 Einsamkeit konkret entgegenzuwirken.

171

172 **Bezirkliche Infrastruktur gegen Altersarmut und Einsamkeit**

173 Wir wollen einen Bezirk, in dem ältere Menschen nicht still in Armut verschwinden, sondern
174 vielfältige, kostenlose oder sehr günstige Angebote vorfinden. Dazu gehören gut ausgestattete
175 Senior:innen- und Nachbarschaftszentren in allen Großsiedlungen und zentralen Kiezen, die
176 barrierefrei erreichbar sind und Raum für Begegnung, Mittagstische, Kultur-, Bildungs- und
177 Bewegungsangebote bieten. Der Bezirk muss bestehende Einrichtungen sichern und gezielt
178 ausbauen, damit Einsamkeit aktiv verhindert und soziale Teilhabe ermöglicht wird.

179 Eine zentrale Rolle spielt dabei Beratung. Viele ältere Menschen wissen nicht, welche Ansprüche sie
180 auf Grundsicherung im Alter, Wohngeld, Pflegeleistungen oder Hilfen im Alltag haben. Deshalb
181 wollen wir die aufsuchende Seniorenberatung weiter ausbauen. Fachkräfte sollen ältere Menschen
182 direkt zu Hause oder im Kiez aufsuchen, über ihre Rechte informieren und sie beim Ausfüllen von
183 Anträgen sowie im Kontakt mit Ämtern und Krankenkassen unterstützen. Besonders wichtig ist es,
184 auch diejenigen zu erreichen, die ihre Wohnung nicht mehr gut verlassen können oder
185 Berührungängste mit Behörden haben.

186

187

188 **Würde im Alter heißt: Teilhabe**

189 Ein gutes Leben im Alter bedeutet mehr als „über die Runden kommen“. Wir wollen, dass ältere
190 Menschen mitten im Kiez dazugehören – unabhängig vom Geldbeutel. Dazu gehören bezahlbare
191 Kultur-, Sport- und Gesundheitsangebote ebenso wie Möglichkeiten zur Mobilität und
192 gesellschaftlichen Teilhabe. Der Bezirk soll deshalb gemeinsam mit Akteur:innen wie der BVG, der
193 Stadtreinigung und Wohnungsunternehmen Projekte entwickeln, die älteren Menschen
194 vergünstigte oder kostenlose Angebote ermöglichen, etwa durch Zuschüsse zu Sozialtickets,
195 Kulturpässen, Schwimmbadkarten oder anderen Teilhabeangeboten.

196 Unser Ziel ist klar: Niemand soll im Alter vereinsamen oder aus finanziellen Gründen von
197 gesellschaftlichem Leben ausgeschlossen sein. Spandau muss ein Bezirk sein, in dem ein würdevoller
198 Lebensabend nicht vom Kontostand abhängt.

199

200 **Gesundheit & Krisenintervention**

201 **Armut macht krank**

202 Armut macht krank – und zwar messbar früher, häufiger und schwerer. Menschen, die in prekären
203 Jobs arbeiten, in zu teuren Wohnungen leben oder auf Bürgergeld angewiesen sind, haben nicht nur
204 weniger Geld zur Verfügung, sondern auch mehr Stress, stärkere psychische Belastungen und
205 deutlich schlechtere Zugänge zu guter Gesundheitsversorgung.

206 Wir wollen, dass Gesundheit keine Frage von Einkommen, Herkunft oder Aufenthaltsstatus ist. Dafür
207 braucht Spandau eine starke, wohnortnahe Gesundheits- und Sozialinfrastruktur mit erreichbaren
208 Angeboten im Kiez. Gesundheits- und Familienzentren, psychosoziale Beratungsstellen, Sucht- und
209 Straßensozialarbeit sowie funktionierende Krisendienste müssen dann verfügbar sein, wenn Hilfe
210 gebraucht wird – nicht erst nach Monaten.

211

212 **Gesundheits- und Familienzentren in den Kiezen**

213 In sozial besonders belasteten Quartieren sollen kommunale Gesundheits- und Familienzentren
214 aufgebaut und gestärkt werden. Diese Zentren sollen medizinische Grundversorgung, psychosoziale
215 Beratung, Suchtberatung, Sozialberatung sowie Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien unter
216 einem Dach bündeln. Ziel ist es, lange Wege zu vermeiden, Zugangsbarrieren abzubauen und Hilfe
217 niedrigschwellig dort anzubieten, wo die Menschen leben.

218

219 **Psychosoziale Angebote für alle**

220 Psychosoziale Unterstützung muss für alle zugänglich sein – unabhängig von Versicherungsstatus,
221 Aufenthaltsstatus oder bürokratischen Voraussetzungen. Wir wollen niedrigschwellige Anlaufstellen
222 für Menschen mit psychischen Krisen weiter ausbauen, auch ohne Überweisungspflicht. Diese
223 Angebote müssen eng mit Jugendhilfe, Suchthilfe, Wohnungslosenhilfe und weiteren sozialen
224 Diensten vernetzt sein. Gemeinsam mit Krankenhäusern, der Kassenärztlichen Vereinigung und
225 freien Trägern soll der Bezirk ein tragfähiges Netzwerk für psychische Gesundheitsangebote für
226 Kinder, Jugendliche und Erwachsene aufbauen, etwa durch Beratungsstellen, offene Sprechstunden
227 und Gruppenangebote.

228 Krisendienste müssen außerdem rund um die Uhr erreichbar sein. Wir setzen uns dafür ein, dass in
229 Spandau mobile psychosoziale Krisenteams eingerichtet werden, die aus Fachkräften der
230 Sozialarbeit, Psychologie und Pflege bestehen und Menschen in seelischen Notlagen, familiären
231 Krisen oder akuten Konflikten vor Ort unterstützen. Solche Teams sollen eine echte Alternative dazu
232 sein, in Krisensituationen ausschließlich Polizei einzusetzen.

233

234 **Schnelle Hilfe für Kinder und Jugendliche in Krisen**

235 Für Kinder und Jugendliche gilt besonders: Wer mit Gewalt, Sucht, psychischen Erkrankungen in der
236 Familie oder eigenen Ängsten kämpft, braucht schnelle und verlässliche Hilfe. Deshalb fordern wir
237 den Ausbau von Schulpsychologie, Jugend- und Familienberatung sowie spezialisierter Angebote für
238 traumatisierte Kinder, geflüchtete Jugendliche und queere junge Menschen. Diese Angebote müssen
239 dauerhaft finanziert sein und dürfen nicht von kurzfristiger Projektförderung abhängen.

240 Gesundheitsversorgung und Krisenhilfe müssen dorthin gehen, wo die Menschen leben – in die
241 Schulen, Kieze und Nachbarschaften – und dürfen nicht auf schöne Konzepte oder Broschüren
242 beschränkt bleiben.

243

244 **Inklusion, Soziales & Familienunterstützung**

245 **Gerechtigkeit heißt: Alle gehören dazu**

246 Eine inklusive Gesellschaft ist eine gerechte Gesellschaft. Ob Behinderung, chronische Erkrankung,
247 Armut, Migrationserfahrung oder Alter – alle Menschen haben ein Recht auf selbstbestimmte
248 Teilhabe. In Spandau stoßen Menschen mit Behinderungen sowie Familien in schwierigen
249 Lebenslagen jedoch täglich auf Barrieren: Stufen statt Rampen, komplizierte Formulare, zu wenige
250 Assistenzleistungen, fehlende Sprachmittlung und Einrichtungen, die eher ausgrenzen als öffnen.

251 Wir wollen einen Bezirk, der Barrieren systematisch abbaut und soziale Infrastruktur so gestaltet,
252 dass niemand ausgeschlossen wird. Barrierefreiheit ist für uns kein freiwilliger Zusatz, sondern eine
253 Grundvoraussetzung für Demokratie, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit. Deshalb braucht Spandau

254 einen verbindlichen Plan zum barrierefreien Umbau aller bezirklichen Einrichtungen – von Ämtern
255 und Bibliotheken über Jugendzentren, Sportstätten und Kulturorte bis hin zu digitalen Angeboten.
256 Dazu gehören stufenlose Zugänge, Aufzüge, Leitsysteme, Angebote in leichter Sprache sowie
257 verbindliche Standards für digitale Barrierefreiheit nach dem Prinzip „Design für alle“.

258

259 **Inklusive Bildung**

260 Inklusion beginnt früh – bereits in den Kitas und setzt sich in den Schulen fort. Damit Kinder mit
261 Behinderungen nicht ausgesondert werden, sondern selbstverständlich gemeinsam lernen können,
262 braucht es ausreichend sonderpädagogische Fachkräfte, Schulbegleitungen, Assistenzleistungen
263 und geeignete technische Hilfsmittel. Der Bezirk muss sicherstellen, dass inklusive Kitas und Schulen
264 die notwendige personelle und fachliche Ausstattung erhalten und sich beim Land gezielt für mehr
265 Personal und bessere Rahmenbedingungen in Spandau einsetzen.

266

267 **Familien unterstützen – besonders Alleinerziehende**

268 Familien, insbesondere Alleinerziehende, tragen die sozialen Folgen von Armut und Prekarität oft
269 zuerst und besonders stark. Wir wollen deshalb in jedem Stadtteil gut erreichbare, kostenlose
270 Familien- und Erziehungsberatungsstellen mit festen Öffnungszeiten, Sprachmittlung und
271 unkompliziertem Zugang. Niemand soll aus Angst vor dem Jugendamt, wegen unklarer
272 Zuständigkeiten oder sprachlicher Hürden auf notwendige Unterstützung verzichten müssen.

273 Unser Ziel ist ein Bezirk, in dem Hilfe erreichbar ist, bevor Probleme eskalieren – und in dem die Tür
274 zur Beratung immer näher ist als der nächste Mahnbescheid.

275

276 **Soziale Anker in den Kiezen**

277 Soziale Teilhabe braucht Orte. Deshalb wollen wir Nachbarschaftshäuser und Stadtteilzentren in
278 Spandau als zentrale soziale Anker in den Kiezen stärken. Diese Einrichtungen sollen Räume für
279 Beratung, Selbsthilfegruppen, Ehrenamt und Begegnung bieten und Menschen in unterschiedlichen
280 Lebenslagen zusammenbringen. Der Bezirk muss diese Orte dauerhaft sichern und
281 weiterentwickeln, damit sie niedrigschwellige Anlaufstellen für Unterstützung, Solidarität und
282 Teilhabe bleiben.

283 **Spandau für Alle**

284 Viele Menschen wohnen in Spandau, weil sie in Berlin, aber auch im Grünen und umgeben von
285 Wasser, leben möchten. Hier leben Familien, Alleinerziehende, ältere Menschen, junge Leute,
286 queere Menschen, Zugezogene und alteingesessene Nachbar:innen – mit unterschiedlichen
287 Bedürfnissen und Lebensrealitäten, aber dem gleichen Wunsch nach einem guten und sicheren
288 Leben.

289 Doch ein lebenswertes Spandau ist kein Selbstläufer. Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum
290 nehmen zu, Räume werden knapper und nicht alle fühlen sich gleichermaßen sicher oder
291 willkommen. Wir erleben Verdrängung: Menschen werden aus Parks, von Plätzen oder aus dem
292 öffentlich wahrnehmbaren Gesellschaftsbild gedrängt, weil sie sich nicht mehr sicher fühlen oder
293 eben als „störend“ wahrgenommen werden.

294 Für uns ist klar: Ein Spandau für alle bedeutet öffentliche Räume für alle – mit Zugang, Sicherheit
295 und ohne Angst vor Gewalt. Sicherheit heißt für uns nicht Kontrolle oder Ausgrenzung, sondern ein
296 starkes Sicherheitsgefühl für alle, insbesondere für diejenigen, die bisher oft übersehen oder
297 verdrängt werden.

298

299 **Spandau mit allen**

300 **Beteiligung und Teilhabe stärken**

301 Spandau gehört allen, die hier leben. Politik darf nicht über Menschen hinweg gemacht werden,
302 sondern muss gemeinsam mit ihnen entstehen. Für uns ist klar: Demokratie bedeutet Beteiligung –
303 und zwar konsequent.

304 Unser politisches Engagement verstehen wir als Arbeit mit den Spandauer:innen – für die
305 Spandauer:innen. Es müssen besonders die Menschen an politischen Entscheidungen beteiligt
306 werden, die auch von diesen betroffen sind. Wir setzen auf echte Mitbestimmung statt symbolischer
307 Beteiligung.

308 Das heißt für uns die Einbeziehung von Betroffenen, Selbstvertretungen, Verbänden und Initiativen
309 in politische Prozesse, die frühzeitige und verbindliche Beteiligung bei Planungen und
310 Entscheidungen sowie barrierearme und zugängliche Beteiligungsformate für alle.

311

312 **Zivilgesellschaft stärken**

313 Vereine, Initiativen und selbstorganisierte Gruppen sind zentrale Orte für Begegnung, Solidarität und
314 demokratisches Engagement. Sie halten den sozialen Zusammenhalt in Spandau aufrecht – oft unter
315 schwierigen Bedingungen.

316 Wir setzen uns ein für die Stärkung und langfristige Absicherung von Vereinen und Initiativen, die
317 Anerkennung ihrer Arbeit als unverzichtbaren Bestandteil einer solidarischen Stadtgesellschaft
318 sowie mehr Räume und Unterstützung für selbstorganisierte Strukturen.

319

320 **Verwaltung in die Verantwortung nehmen**

321 Teilhabe und Antidiskriminierung dürfen nicht an der Tür des Bürgeramts enden. Sie müssen sich im
322 konkreten Verwaltungshandeln widerspiegeln – im Umgangston, in Entscheidungen und in den
323 Strukturen selbst.

324 Deshalb schauen wir genau hin bei der Umsetzung des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG)
325 und beim Stand des Partizipations- und Migrationsgesetzes (PartMiG) in Spandau.

326 Für uns ist klar: Diese Gesetze dürfen keine Papiertiger bleiben!

327 Die Realität der Menschen weicht oft von diesen Regelungen ab: sie machen schlechte Erfahrungen
328 in Behörden, fühlen sich nicht ernst genommen oder werden durch bürokratische Hürden zusätzlich
329 belastet. Besonders Alleinerziehende, Menschen mit Rassismus-Erfahrungen oder geringem
330 Einkommen stoßen immer wieder auf Barrieren statt auf die ihnen zustehende Unterstützung.

331 Wir setzen uns ein für: eine verbindliche, überprüfbare Umsetzung von
332 Antidiskriminierungsvorgaben in allen Bereichen der Verwaltung, niedrigschwellige und respektvolle
333 Zugänge zu Behörden ohne Angst vor Abwertung oder Ausgrenzung sowie für den Abbau
334 struktureller Hürden, die Menschen systematisch benachteiligen. Wir stellen uns klar gegen
335 stigmatisierende und ausgrenzende Praxis – dazu gehört auch, dass es in Spandau keine Orte der
336 Abschottung oder Aussonderung wie sogenannte „Lagerschulen“ geben darf.

337

338 **Teilhabe ernst nehmen**

339 Ein Spandau für alle bedeutet, dass alle Menschen den Bezirk tatsächlich nutzen und gestalten
340 können – unabhängig von Einkommen, Geschlecht, körperlichen Voraussetzungen oder
341 Lebenssituation. Teilhabe darf nicht vom Geldbeutel abhängen oder daran scheitern, dass Angebote
342 fehlen oder nicht zugänglich sind.

343 Wir wollen Räume schaffen, die wirklich allen offenstehen. Das bedeutet mehr Räume und Angebote
344 für Mädchen* und Frauen* im Bezirk, die geschützt, zugänglich und selbstverständlich Teil der
345 öffentlichen Infrastruktur sind. Es sollen Schwimmangebote speziell für Mädchen* und Frauen*
346 etabliert werden, um Zugänge zu Bewegung und Selbstbestimmung zu stärken. Es muss ein
347 barrierefreier Ausbau zentraler Infrastruktur, insbesondere an Bahnhöfen und im öffentlichen Raum
348 erfolgen und es müssen inklusive Sportangebote bereitgestellt werden, die Menschen mit und ohne
349 Behinderung gemeinsam nutzen können.

350 Teilhabe heißt auch, soziale Realitäten mitzudenken. Deswegen wollen wir Familientickets, die auch
351 Alleinerziehende wirklich entlasten und sichere Wege für alle – nicht nur für Autos, sondern für
352 Fußgänger*innen, Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Einschränkungen.

353 Teilhabe ernst zu nehmen heißt, den Bezirk so zu gestalten, dass niemand ausgeschlossen wird –
354 weder durch Barrieren noch durch Kosten oder fehlende Angebote.

355

356 **Geschlechtsspezifische Gewalt und Partnerschaftsgewalt**
357 **stoppen**

358 **Gewaltschutz sichtbar machen und priorisieren**

359 Geschlechtsspezifische und partnerschaftliche Gewalt ist auch in Spandau erschreckend weit
360 verbreitet. Der aktuelle Präventionsbericht zeigt: Die Fallzahlen sind hoch – und sie steigen.
361 Trotzdem fehlt es in Spandau an sichtbaren, erreichbaren und verlässlich finanzierten
362 Hilfsangeboten. Viele Betroffene wissen nicht an wen sie sich wenden können – oder stoßen auf
363 Strukturen, die zu kompliziert, zu weit entfernt oder zu unsicher sind.

364 Geschlechtsspezifische Gewalt ist kein individuelles Problem. Wir als Linke verschreiben uns der
365 Bekämpfung tief verankerter sexistischer Strukturen und setzen uns für die politische Priorisierung
366 dieser gesellschaftlichen Aufgabe ein.

367 Hilfsangebote müssen dort sein, wo Menschen sind – und sie müssen bekannt sein. Wir fordern
368 deutlich mehr Sichtbarkeit von bestehenden Beratungsstellen, eine aktive, aufsuchende
369 Informationspolitik im öffentlichen Raum, in Schulen, Einrichtungen und Nachbarschaften sowie
370 niedrigschwellige Zugänge für Hilfsangebote im Bezirk.

371 Sichtbarkeit ist kein Zusatz – sie entscheidet darüber, ob Betroffene überhaupt Hilfen erreichen. Wir
372 setzen uns deshalb für mehrsprachige und barrierefreie Zugänge ein.

373

374 **Verlässliche Finanzierung statt Projektlogik**

375 Viele Angebote arbeiten am Limit – befristet, unterfinanziert und ohne Planungssicherheit - das
376 muss sich ändern.

377 Wir setzen uns ein für eine dauerhafte, verlässliche Finanzierung aller bezirklichen Hilfsangebote,
378 die klare Priorisierung von Gewaltschutz im Bezirkshaushalt, den Ausbau von Strukturen, die
379 langfristig tragen für einen verlässlichen Gewaltschutz anstatt kurzfristiger Projekte sowie den
380 einfachen Zugang zu Wissen, da Betroffene schnelle und klare Orientierung brauchen.

381 Deshalb fordern wir klare, verständliche Übersichten über alle Hilfsangebote im Bezirk, gebündelte
382 Informationen, die einfach zugänglich und auffindbar sind, sowie Wissensvermittlung zu Rechten
383 und Unterstützungsmöglichkeiten – niedrigschwellig und zielgruppenspezifisch.

384

385 **Gewaltschutz strukturell verankern**

386 Damit das alles nicht Stückwerk bleibt, braucht es verbindliche Konzepte.

387 Wir fordern daher die Entwicklung und Umsetzung bezirklicher Gewaltschutzkonzepte, eine klare
388 Orientierung an den Bedarfen von Betroffenen sowie verbindliche Zuständigkeiten und koordinierte
389 Zusammenarbeit.

390 Gewaltschutz muss sichtbar, erreichbar und verlässlich sein. Nicht irgendwann – sondern jetzt. Wir
391 akzeptieren nicht, dass Betroffene allein bleiben. Spandau muss ein Bezirk werden, in dem Schutz
392 real ist – nicht nur ein Versprechen.

393

394 Schutz für alle

395 **Inklusiver Katastrophenschutz**

396 Katastrophenschutz muss für alle da sein – gerade in Krisen zeigt sich, ob eine Gesellschaft
397 solidarisch organisiert ist oder ob Menschen zurückgelassen werden. In Spandau sehen wir hier
398 deutliche Lücken: Die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen, Kindern
399 oder anderen vulnerablen Gruppen werden noch immer nicht ausreichend mitgedacht.

400 Für uns ist klar: Katastrophenschutz ist eine soziale Frage. Wer keinen Zugang zu Informationen hat,
401 mobilitätseingeschränkt ist oder auf Unterstützung angewiesen ist, braucht besondere
402 Berücksichtigung – nicht erst im Notfall, sondern von Anfang an.

403 Wir setzen uns für den Aufbau eines inklusiven Katastrophenschutzes ein, der niemanden
404 ausschließt. Dazu gehört die systematische Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen und
405 anderen vulnerablen Gruppen in Planung und Umsetzung, barrierefreie Kommunikation, die
406 verständlich, mehrsprachig und zugänglich ist sowie Strukturen, die auch im Krisenfall tatsächlich
407 erreichbar und nutzbar sind.

408 Wir wollen in Spandau sogenannte Katastrophenschutz-Leuchttürme aufbauen: klar erkennbare,
409 wohnortnahe Anlaufstellen im Krisenfall. Diese sollen niedrigschwellig erreichbar sein, als sichere
410 Orte und Informationspunkte dienen sowie gezielt auch die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen
411 berücksichtigen. So schaffen wir Orientierung und konkrete Hilfe anstatt Unsicherheit im Ernstfall.

412

413 **Resilienz gemeinsam stärken**

414 Katastrophenschutz beginnt nicht erst bei der Katastrophe. Deshalb setzen wir auf inklusive
415 Resilienzförderung im Alltag mittels der Stärkung von Nachbarschaften und lokalen Netzwerken,
416 Schulungen und Informationsangebote für unterschiedliche Zielgruppen sowie durch die
417 Zusammenarbeit mit sozialen Einrichtungen und Initiativen.

418 Eine solidarische Gesellschaft ist widerstandsfähiger, das gilt besonders in Krisen. Eine Möglichkeit
419 stellt das Freiwillige Register für Unterstützung im Notfall dar. Ziel ist es, im Katastrophenfall
420 schneller Unterstützung organisieren zu können und Menschen zu erreichen, die besondere Hilfe
421 benötigen.

422 Dabei gilt für uns klar: Datenschutz und Freiwilligkeit stehen an erster Stelle. Niemand darf erfasst
423 werden, ohne es zu wollen. Alle Daten müssen sicher und verantwortungsvoll genutzt werden.

424 Wir wollen einen Katastrophenschutz, der nicht nur funktioniert, sondern gerecht ist. Dadurch
425 schaffen wir ein Spandau, in dem niemand vergessen wird im Ernstfall.

426

427 **Sicherheit für alle**

428 Sicherheit bedeutet für uns: Alle Menschen in Spandau können sich frei bewegen, den Bezirk nutzen
429 und ihr Leben ohne Angst vor Gewalt, Armut oder Ausgrenzung gestalten. Sicherheit erwächst aus
430 starken Rechten, verlässlicher sozialer Infrastruktur, guter Stadtplanung und echter Beteiligung – aus
431 einem Bezirk, der niemanden zurücklässt. Wir denken Sicherheit radikal sozial: mit Bildung, Jugend
432 und Sozialarbeit, Beratungsangeboten, barrierefreien Wegen und sicheren Räumen für Mädchen*,
433 Frauen*, Queers, Menschen mit Behinderungen und alle, die besonders gefährdet sind. Statt Angst
434 zu schüren und Menschen unter Verdacht zu stellen, setzen wir auf Solidarität, Teilhabe und den
435 Abbau von Ungleichheit. Unsere Politik ist dabei klar positioniert: konsequent queerfeministisch,
436 konsequent antirassistisch, konsequent antifaschistisch, konsequent inklusiv.

437

438 **Konsequent queerfeministisch**

439 In Spandau mangelt es an sicheren öffentlichen Orten – besonders für Mädchen*, Frauen*, Queers.
440 Das ist kein Zufall, sondern Ergebnis einer Stadtplanung, die ihre Bedürfnisse systematisch
441 ausblendet: dunkle Wege und Unterführungen, schlecht einsehbare Parks, fehlende sichere
442 Aufenthaltsorte. Orte wie Wege entlang des Havelufers oder in Parks werden als unsicher
443 wahrgenommen und gemieden.

444 Queere Menschen erleben in Berlin und auch in Spandau zunehmend Anfeindungen und Gewalt.
445 Wir unterstützen queere Infrastruktur im Bezirk – von Jugendtreffs wie der *qu:alle* bis zu Initiativen
446 wie der Spandau Pride – und setzen uns dafür ein, dass sie Räume, Geld und Schutz erhalten.

447 Queerfeministische Politik heißt für uns: Schutz vor Gewalt, sichere Räume, Sichtbarkeit und
448 Selbstbestimmung – nicht nur in Szenekiezen, sondern in allen Kiezen.

449 Für uns ist klar: Sicherheit ist eine queerfeministische Frage. Wir wollen eine Stadtplanung, die von
450 Anfang an die Perspektiven mitdenkt. Queerfeministische Stadtplanung heißt: gut beleuchtete,
451 einsehbare Wege, barrierearme und sichere Querungen, sichtbare Schutzräume, zugängliche,
452 geschlechtsneutrale und sichere Toiletten und Aufenthaltsorte. Davon profitieren alle – auch ältere
453 Menschen, Kinder und Menschen mit Behinderungen.

454

455 **Konsequent antirassistisch**

456 Spandau ist ein vielfältiger Bezirk. Menschen mit unterschiedlichen Geschichten, Herkunftsn,
457 Religionen und Sprachen leben hier zusammen, prägen Nachbarschaften, Schulen und Betriebe –
458 Spandau ist ihr Zuhause.

459 Für uns ist klar: Diese Vielfalt ist keine Ausnahme, sondern Teil des Alltags in unserem Bezirk. Alle
460 Menschen, die hier leben, haben das gleiche Recht auf Würde, Teilhabe und ein Leben ohne Angst
461 vor Diskriminierung.

462 Antirassismus heißt für uns, jeder Form von Ausgrenzung, Abwertung und Entrechtung entschieden
463 entgegenzutreten – in Behörden, in Schulen, auf dem Wohnungsmarkt, im öffentlichen Raum und
464 in der politischen Debatte. Wir stellen uns gegen eine Politik, die Menschen gegeneinander
465 ausspielt, Vorurteile schürt und ganze Gruppen unter Verdacht stellt, statt soziale Probleme
466 anzugehen.

467 Wer Sicherheit will, muss Armut bekämpfen, soziale Infrastruktur stärken und gleiche Rechte für alle
468 verteidigen. Deshalb setzen wir auf gute Bildung, starke Jugend- und Sozialarbeit, demokratische
469 Teilhabe, verlässliche Beratung und einen Bezirk, in dem niemand wegen Herkunft, Hautfarbe,
470 Religion oder Namen benachteiligt wird. Unser Ziel ist ein Spandau, in dem antirassistische Haltung
471 nicht nur behauptet, sondern im Alltag spürbar wird.

472

473 **Konsequent antifaschistisch**

474 Rechte, rassistische und antisemitische Vorfälle nehmen auch in Spandau zu. Für viele Menschen
475 bedeutet das: Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe sind Teil ihres Alltags, nicht ein
476 Randproblem. Für uns ist klar: Es gibt keine Mitte zwischen Faschismus und Antifaschismus.

477 Antifaschismus heißt für uns, rechten Parteien, Organisationen und Ideologien entschieden
478 entgegenzutreten – auf der Straße, in Vereinen, Schulen und Betrieben ebenso wie in der BVV und
479 im Abgeordnetenhaus. Wir stehen an der Seite derjenigen, die seit Jahren gegen Rechts arbeiten:
480 Initiativen, Registerstellen, Beratungsangebote und Bündnisse, die Betroffene unterstützen, Vorfälle
481 dokumentieren und Gegenwehr organisieren.

482 Wir setzen uns ein für eine dauerhafte, verlässliche Finanzierung der Registerstelle Spandau und
483 anderer Beratungsangebote gegen rechte, rassistische und antisemitische Gewalt – inklusive
484 Räumen und Unterstützung bei Öffentlichkeitsarbeit und Bildung. Wichtig ist uns auch die Förderung
485 von Bündnissen gegen Rechts, demokratischen Initiativen und Bildungsarbeit in Schulen,
486 Jugendclubs und Nachbarschaftszentren – mit Räumen, Sachmitteln und Projektgeldern.

487 Unser Ziel ist ein Spandau, in dem rechte Propaganda keinen Platz hat und in dem Betroffene von
488 rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt nicht allein gelassen werden – weder politisch noch
489 finanziell noch im Alltag.

490

491 **Konsequent inklusiv**

492 In Spandau leben viele Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen – sie sind Teil
493 dieser Stadt und haben das Recht, überall dabei zu sein: im ÖPNV, in Ämtern, in Schulen und Kitas,
494 in Parks, auf Spielplätzen, in Kultur- und Sportangeboten. Trotzdem stoßen sie im Alltag immer
495 wieder auf Barrieren: Stufen statt Rampen, kaputte oder fehlende Aufzüge, unverständliche
496 Schreiben, nicht zugängliche Haltestellen, fehlende Gebärdensprache oder Leichte Sprache. Für uns
497 ist klar: Barrierefreiheit ist keine „Extrasache“, sondern Grundlage von Demokratie und Teilhabe. Wir
498 knüpfen an die UN-Behindertenrechtskonvention und an den Aktionsplan „Spandau inklusiv“ an –
499 und wollen, dass aus Plänen konkrete Verbesserungen im Alltag werden.

500 Wir setzen uns ein für einen verbindlichen, mit Betroffenen gemeinsam erarbeiteten Plan zum
501 barrierefreien Umbau aller bezirklichen Einrichtungen – Ämter, Bibliotheken, Bürgerämter,
502 Jugendzentren, Sportstätten, Kulturorte, Spielplätze –, nach dem Prinzip „Design für alle“. Wir wollen
503 einen barrierefreien öffentlichen Raum mit funktionierenden Aufzügen, abgesenkten Bordsteinen,
504 sicheren Querungen, verständlicher Beschilderung und ausreichender Beleuchtung. Neue Barrieren
505 dürfen nicht mehr gebaut werden.

506 Auch setzen wir uns für inklusive Kitas, Schulen und Freizeitangebote in Spandau ein, mit
507 ausreichend Assistenz, Schulbegleitungen, Sonderpädagog:innen und Hilfsmitteln – damit Kinder
508 und Jugendliche mit Behinderungen nicht ausgesondert, sondern selbstverständlich gemeinsam mit
509 anderen lernen und ihre Freizeit verbringen. Inklusion heißt für uns: Menschen mit Behinderungen
510 sind nicht „Objekte“ von Fürsorge, sondern Expert:innen in eigener Sache. Deshalb wollen wir, dass
511 sie bei allen Fragen von Barrierefreiheit, Stadtplanung, Sicherheit und Katastrophenschutz
512 mitentscheiden – mit echten Rechten statt nur mit Alibi-Anhörungen

513

514 **Prävention statt Repression**

515 Konflikte im öffentlichen Raum – etwa im Münsinger Park oder rund um den Bahnhof – werden zu
516 oft mit kurzfristigen Maßnahmen beantwortet, die Menschen verdrängen, statt Probleme zu lösen.
517 Das verschiebt Konflikte, verschärft Unsicherheit und trifft vor allem diejenigen, die ohnehin wenig
518 Raum haben. Wir setzen dagegen auf soziale Lösungen statt Verdrängung und Symbolpolitik. Dafür

519 sind nachhaltige Maßnahmen notwendig wie aufsuchende Sozialarbeit, Streetwork und
520 Parkläufer:innen

521 Sicherheit entsteht durch Unterstützung und Präsenz – nicht durch Verdrängung oder
522 ordnungspolitische Symbolmaßnahmen. Wir unterstützen Menschen, die vor Ort ansprechbar sind
523 und Konflikte frühzeitig bearbeiten.

524

525 **Lebenswerter Bezirk**

526 Ein lebenswerter Bezirk bedeutet für uns mehr als funktionierende Infrastruktur. Er bedeutet, dass
527 Menschen gut und sicher wohnen können, dass ihr Zuhause bezahlbar bleibt und dass
528 Nachbarschaften nicht durch Verdrängung zerrissen werden. Er bedeutet, dass Grünflächen,
529 saubere Luft und ein gesundes Klima kein Luxus sind, sondern Teil öffentlicher Daseinsvorsorge.

530 Ein lebenswerter Bezirk schützt die natürlichen Lebensgrundlagen, begegnet der Klimakrise
531 entschlossen und sorgt gleichzeitig dafür, dass alle Menschen gut durch den Alltag kommen –
532 unabhängig vom Geldbeutel, vom Wohnort oder von der Mobilität. Bezahlbare Mieten,
533 klimaresiliente Quartiere, eine sozial gerechte Energieversorgung und eine Mobilität, die für alle
534 zugänglich ist, gehören für uns untrennbar zusammen.

535 Unser Ziel ist ein Spandau, in dem Wohnen, Umwelt, Mobilität und Stadtentwicklung am
536 Gemeinwohl ausgerichtet sind: ökologisch verantwortungsvoll, sozial gerecht und demokratisch
537 gestaltet.

538 **Mieten und Wohnen**

539 **Milieuschutz**

540 Der Milieuschutz ist das wichtigste Werkzeug für den Schutz von bezahlbarem Wohnraum im Bezirk.
541 Bisher wurde dieser in Spandau nur mangelhaft umgesetzt. Wir wollen Milieuschutz effektiv nutzen,
542 damit dein Zuhause dein Zuhause bleibt!

543

544 **Neue Milieuschutzgebiete**

545 Spandau hat bereits drei Milieuschutzgebiete (Wilhelmstadt, Neustadt, Stresow). Dort werden
546 Mieter:innen bereits vor Verdrängung und hohen Mieten geschützt.

547 2024 hat das Bezirksamt ein Gutachten in Auftrag gegeben, um weitere Gebiete (Siemensstadt,
548 Rudolf-Wissell-Siedlung, Stresow, Germersheimer Platz) zu überprüfen. Das Gutachten kommt zu
549 dem Ergebnis, dass in allen vier geprüften Gebieten hoher Verdrängungsdruck und starkes
550 Aufwertungspotenzial bestehen und empfiehlt deswegen Milieuschutz für alle vier Gebiete. Das
551 Bezirksamt hat das bisher ohne erkennbaren Grund nur für Stresow umgesetzt. Wir fordern, dass
552 auch die anderen Gebiete entsprechend der fachlichen Einschätzung zu Milieuschutzgebieten
553 erklärt werden.

554

555 **Gründung eines Milieuschutzbeirats**

556 Die Benennung von Milieuschutzgebieten ist lediglich die Grundlage für Mieter:innenschutz in
557 Spandau. Echter Schutz muss in der Praxis gelebt werden. Um das Bezirksamt dabei zu unterstützen,

558 und gleichzeitig Mieter:inneninitiativen im Bezirk demokratisch einzubeziehen, fordern wir die
559 Gründung eines Milieuschutzbeirats. Dieser soll die Genehmigungskriterien und die Anwendung von
560 Milieuschutz weiterentwickeln, über neue Milieuschutzgebiete beraten und ggf. Anpassungen
561 empfehlen. So soll z.B. gegen das befristete und möblierte Wohnen in Milieuschutzgebieten
562 vorgegangen werden. Andere Bezirke gehen bereits erfolgreich gegen solche Angebote vor und
563 sorgen so dafür, dass Wohnraum wieder langfristig und günstig zur Verfügung steht.

564

565 **Verfolgung von Wuchermiete**

566 Wenn es nicht auf Landesebene verfolgt wird, wollen wir die Stellen zur Verfolgung von
567 Wuchermiete im Bezirk verstetigen.

568

569 **Siemensstadt Square**

570 Wir wollen, dass das Bauprojekt den bestehenden Defiziten in der Siemensstadt begegnet:
571 Nahversorgung, Barrierefreiheit, Aufenthaltsqualität, Verkehr sowie soziale und kulturelle Angebote
572 müssen für die Bewohner:innen entwickelt werden. Das bestehende Zentrum der Siemensstadt soll
573 sinnvoll ergänzt statt ersetzt werden. Es darf kein abgeschottetes Prestige-Quartier entstehen. Neue
574 öffentliche Räume sind so zu gestalten, dass sie aktuellen Bewohner:innen zugänglich sind – nicht
575 nur privilegierten Gruppen.

576 Auch der geplante Bau von 3.750 neuen Wohnungen muss diesem Anspruch gerecht werden: Es
577 dürfen nicht 3.750 Mietpreisprobleme geschaffen werden, sondern dauerhaft bezahlbarer
578 Wohnraum. Die industrielle Prägung gehört zwar zur Identität der Siemensstadt, darf aber nicht dazu
579 führen, dass die Bedürfnisse der Spandauer:innen hinter Konzerninteressen zurückbleiben.

580 Eine rüstungsnahe Entwicklung lehnen wir entschieden ab. Stattdessen setzen wir für den neuen
581 Innovationscampus auf gemeinwohlorientierte Forschung. Die Entwicklung und Nutzung des Areals
582 muss transparent und verbindlich geregelt werden – mit klaren Vorgaben von Land und Bezirk statt
583 nachträglicher Planungsanpassungen auf Wunsch und zu Gunsten des Konzerns.

584

585 **Klima und Umwelt**

586 Viele Menschen in Spandau schätzen die Nähe zu Natur und Grünflächen. Doch Extremwetter
587 bedroht Parks und Wälder – und stellt damit ein Risiko für alle dar. Wie die schweren Sturmschäden
588 im Spandauer Forst im Jahr 2025 gezeigt haben, können die Folgen enorm sein.

589 Die Klimakrise ist längst Realität. Deshalb kämpfen wir für eine ökologische Umgestaltung unseres
590 Bezirks.

591 **Klimaresilienz**

592 Die Anpassung des Bezirks an die immer heißeren Sommer ist existentiell. Wir setzen uns für Cooling
593 Points im Bezirk ein, wo Menschen sich vor der Sonneneinstrahlung schützen können, die begrünt
594 sind und an denen Trinkwasserspender bereitstehen. Die öffentlichen Gebäude des Bezirks sollen
595 im Sommer ebenfalls Anlaufstellen sein, an denen Menschen sich abkühlen, mit Trinkwasser
596 versorgen und aufhalten können. Langfristig sollen Spandauer:innen und dabei insbesondere Kinder
597 und Senior:innen besser vor Extremhitze geschützt werden. Wir setzen uns dafür ein, soziale
598 Einrichtungen an die Klimafolgen anzupassen und Schulhöfe naturnah zu gestalten.

599 Ein großes Problem in Berlin ist die Versiegelung vieler Flächen. Versiegelte Flächen speichern
600 Wärme und sorgen so für noch heißere Temperaturen im Sommer. Sie nehmen Tieren und Pflanzen
601 Lebensraum und sie verhindern, dass Regenwasser versickern und abfließen kann. Derzeit sind rund
602 42% der Fläche Spandaus versiegelt. Wir setzen uns für eine konsequente Entsiegelung von Flächen
603 ein, um hierdurch die Spandauer:innen besser vor Hitze zu schützen und neue Lebensräume zu
604 schaffen. In besonders von Hitze betroffenen Gebieten Spandaus, sollen durch Ankauf und Umbau
605 von Flächen neue Grünflächen geschaffen werden.

606

607 **Biodiversität**

608 Die bereits bestehenden Grünflächen in Spandau sollen klimaresilient und biodiverser gestaltet
609 werden. Nur eine lebendige Natur kann ein erholsamer Ort für Menschen sein und zugleich
610 Lebensräume bieten. Dies bedeutet, die Grünflächenplanung daran auszurichten, wie man mit
611 klimaresilienten und heimischen Pflanzenarten sowohl Lebensräume für Tiere wie auch
612 Aufenthaltsorte für Menschen schaffen kann. Auch die Wasserversorgung für die in Spandau
613 lebenden Wildtiere, Vögel und Insekten ist bei der Grünflächenplanung zu berücksichtigen.

614 Die Bewässerung und Pflege der Bäume in Spandau muss durch ein personell und finanziell
615 gestärktes Straßen- und Grünflächenamt sichergestellt werden, um weiteren Verlust von wichtigen
616 Bäumen zu verhindern. Die Mitarbeitenden sollen außerdem darin geschult werden, Grünflächen
617 naturnah zu pflegen.

618

619 **Erneuerbare Energie**

620 Wir nutzen alle bauplanungsrechtlichen Möglichkeiten und städtebauliche Verträge, um den Ausbau
621 von Solarenergie voranzutreiben. Photovoltaik- und Solarthermie-Anlagen auf Dächern und
622 Fassaden sollen planungsrechtlich gefördert und – wo möglich – zum Standard gemacht werden.
623 Damit leistet Spandau einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Klimaneutralität und macht die
624 Menschen im Bezirk zugleich unabhängiger von globalen Krisen.

625 Wir befürworten generell den Ausbau von Windkraft unter der Voraussetzung, dass eine sozial
626 gerechte, umweltverträgliche und transparente Umsetzung erfolgt. Deswegen lehnen wir eine

627 Bebauung der Rieselfelder mit Windkraftanlagen ab, denn die Rieselfelder sind als
628 Landschaftsschutzgebiet nicht nur für die Biodiversität im Bezirk unersetzlich, sondern auch ein
629 wichtiger Naherholungsort für die Menschen in Spandau.

630

631 **Wärmeversorgung**

632 Im Bezirk sollen bessere Strukturen zur Umsetzung der Wärmeplanung und Entwicklung von
633 Quartierskonzepten geschaffen werden, um die Planung mit einer echten Beteiligung der
634 Bewohner:innen umsetzen zu können.

635 Wir stellen uns gegen den Neubau des Holzverbrennungs-Kraftwerks in Reuter-West.
636 Fernwärmeversorgung durch Holzverbrennung kann in der Realität nicht klimaneutral funktionieren.
637 Den hohen Preis zahlen langfristig die Verbraucher:innen über ihre Heizkosten. Wir setzen uns dafür
638 ein, dass die BEW am Standort Alternativen überprüft, bspw. Tiefengeothermie, mit der in Potsdam
639 bereits gute Erfahrungen gemacht werden.

640 **Verkehr**

641 Für uns ist Verkehrspolitik Sozialpolitik. Mobilität darf in unserem Bezirk weder vom Stadtviertel
642 noch vom Geldbeutel oder dem Gesundheitszustand abhängig sein. Unsere Priorität liegt daher auf
643 der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie dem Ausbau eines umfassenden
644 Radwegenetzes und von barrierefreien Gehwegen. So schaffen wir eine zukunftsfähige,
645 klimafreundliche Mobilität für alle Spandauer:innen – sowohl innerhalb des Bezirks als auch in
646 Richtung Innenstadt.

647 Für den Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV brauchen wir dringend weitere
648 Park & Ride-Angebote – besonders am Stadtrand. Spandau benötigt außerdem eine bessere
649 Verkehrsanbindung an die Berliner Innenstadt und neue Schienenverkehrsstrassen, um Pendel- und
650 Wirtschaftsverkehr in den Griff zu bekommen.

651

652 **Fußverkehr**

653 Der Fußverkehr ist nicht nur eine Frage der Mobilität. Ein Bezirk, in dem sich die Menschen zu Fuß
654 gut und sicher fortbewegen können, ist lebendiger und schafft nachbarschaftliche Begegnung. Wir
655 brauchen dafür eine durchdachte Fußgängerinfrastruktur, die vor allem Menschen berücksichtigt,
656 die weniger schnell und flexibel reagieren können. Wir wollen inklusive Mobilität fördern,
657 barrierefreie Zugänge zu allen U- und S-Bahnhöfen schaffen, Bordsteinabsenkungen umsetzen und
658 mehr öffentliche Toiletten mit barrierefreiem Zugang aufstellen. Für eine sichere
659 Fußgängerinfrastruktur wollen wir mehr Querungshilfen (z.B. Zebrastreifen), eine Priorisierung von
660 Fußgänger:innen an Ampelanlagen und eine Regelung zum Abstellen von Leihfahrrädern und
661 Leihrollern.

662 **Stadtplätze**

663 Wir wollen Plätze in unserem Bezirk für die Menschen wiedergewinnen. So sollen in den Stadtteilen
664 „Stadtplätze“ entstehen, indem der Raum, der von parkenden Autos eingenommen wird, wieder für
665 das soziale Leben geöffnet wird. Ein Beispiel ist das Dreieck an der Wilhelmstraße, zwischen
666 Brüderstraße und Zimmerstraße. Eine Sperrung des Dreiecks für den Autoverkehr und eine
667 Begrünung des Platzes, schafft mehr Lebensqualität, mehr Raum für die dortige Gastronomie, mehr
668 Aufenthalts- und Begegnungsflächen für die Menschen in der Wilhelmstadt.

669

670 **Radverkehr**

671 Wer mit dem Fahrrad aus Spandau in die Innenstadt fährt, weiß, dass Radwege durch geparkte
672 Autos, Müll und Baumwurzeln nur schwer befahrbar sind. An vielen Stellen sind die Radwege nicht
673 ausreichend von anderen Verkehrsteilnehmer:innen getrennt, viele Einfahrten und Kreuzungen
674 stellen Gefahrenquellen für Radfahrende dar.

675 Das bedeutet für uns, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

676 Wir wollen die Umsetzung der Radschnellverbindungen (RSV) RSV 2 (Mitte-Tegel-Spandau), RSV 5
677 (West-Route) und RSV 8 (Falkenseer Chaussee – Nonnendamm) vorantreiben. Wir setzen uns für
678 eine zügige Umsetzung des Radvorrangnetzes in Spandau ein.

679 Im Bezirk müssen zukünftig Fahrradwege und deren Neu- bzw. Ausbau im Rahmen von allen
680 Verkehrsprojekten mitgedacht werden. Die existierenden Fahrradwege sollen evaluiert und
681 Gefahrenstellen für Radfahrende beseitigt werden. Im Bezirk sollen mehr wetterfeste Abstellflächen
682 für Fahrräder geschaffen werden. An großen Bahnhöfen und ÖPNV-Knotenpunkten, wie dem
683 Fernbahnhof Spandau und dem U-Bahnhof Haselhorst, sollen Fahrradparkhäuser eingerichtet
684 werden.

685

686 **Straßenbahn**

687 Für viele der 247.000 Spandauer:innen stellt das überlastete Bussystem die wesentliche Anbindung
688 an den ÖPNV dar. Große Wohngebiete, wie die Heerstraße Nord, das Falkenhagener Feld,
689 Hakenfelde sind ebenso wie die großen Neubaugebiete nur mit dem Bus an den Bezirk und die
690 Innenstadt angebunden. Senat und Bezirksamt setzen auf teure Großprojekte und Luftschlösser wie
691 eine Magnetschwebbahn. Wenn Staus und volle Busse jedoch täglich die Realität vieler
692 Spandauer:innen sind, brauchen wir schnelle, bezahlbare und umsetzbare Lösungen.

693 Wir schließen uns daher den Forderungen des Bündnisses Pro-Straßenbahn mit einem umfassenden
694 Straßenbahnnetz in Spandau an. Die bereits einmal im Nahverkehrsplan enthaltene und teilweise
695 geplante Querverbindung Kurt-Schumacher-Platz – Urban Tech Republic – Gartenfeld – Spandau
696 muss umgesetzt werden, insbesondere um eine Anbindung der Neubaugebiete im Spandauer

697 Norden zu schaffen. Auf den überlasteten Linienbündeln der 36er-Linien (Wilhelmstadt-Rathaus
698 Spandau-Hakenfelde/Haselhorst) und 37er-Linien (Rudolf-Wissell-Siedlung – Rathaus Spandau –
699 Falkenhagener Feld), sowie den wichtigsten Pendlerverbindungen (Spandauer Damm (M45),
700 Brunsbütteler Damm (M32), Heerstr. (M49)) soll eine Tramanbindung erfolgen, die die Überlastung
701 durch den Autoverkehr senkt und den Menschen im Bezirk eine schnellere und komfortablere
702 Anbindung bietet. Des Weiteren soll eine Anbindung des Südens des Bezirks ab Heerstraße bis nach
703 Kladow und weiter Richtung Potsdam-Krampnitz geprüft und entwickelt werden.

704

705 **Busverkehr**

706 Neubau und Ausbau des schienenbasierten Nahverkehrs brauchen ihre Zeit zur Umsetzung. Wir
707 wollen schnelle Veränderungen im Nahverkehr für die Spandauer:innen. Zeitnah müssen daher
708 Verbesserungen des Bussystems in Spandau umgesetzt werden. Das bedeutet u.a. eine schnelle
709 Planung und den Ausbau von Busspuren und Bus-Vorrangschaltungen.

710 Die Bushaltestellen im Bezirk sollen barrierefrei sein, die Menschen vor Witterung schützen und
711 durch eine sinnvolle Begrünung und Beschattung klimafreundlich zum Hitzeschutz in Berlin
712 beitragen. Wir wollen daher gemeinsam mit der BVG eine umfassende Erneuerung der
713 Bushaltestellen im Bezirk umsetzen.

714

715 **U-Bahn/S-Bahn**

716 Die Bahnverbindungen aus dem Westen in Richtung Spandauer Zentrum sind optimierbar – sowohl
717 bei der S-Bahn als auch bei der Regionalbahn. Das geht nur gemeinsam mit Brandenburg. Zur
718 Entzerrung des motorisierten ÖPNV im Bezirk setzen wir uns für die Realisierung der S-Bahn-
719 Verlängerung nach Falkensee ein – selbstverständlich ohne Abbau des hoch ausgelasteten
720 Regionalbahnangebots. In diesem Zuge setzen wir uns für den Neubau eines S-Bahnhofs »Spandau
721 West« zwischen Albrechtshof und Bahnhof Spandau ein.

722 Die immer wieder thematisierten Verlängerungen von U2 und U7 sind keine kurzfristigen Lösungen
723 für Spandau. Sie sind kostenintensiv und mit langen Bauzeiten verbunden. Diskussionen über
724 unrealistische Ausbauvorhaben stehen dabei realisierbaren Optionen im Weg.

725 Wir streben zunächst eine Verlängerung der U2 mit einer Brücke über die Charlottenburger
726 Chaussee an. Somit wird der Gewerbehof (IKEA, Bauhaus, Media Markt) mit einem neuen Bahnhof
727 an die S-Bahn angebunden. Davon profitiert auch die Wohnsiedlung Teltower Straße und die
728 Polizeidirektion. Eine Weiterführung der U2 über den Güterbahnhof Ruhleben und die alte,
729 vorhandene „Kohlebahn“ bis Paulsternstraße oder Gartenfeld kann die dortigen Wohngebiete
730 anschließen. Der Ausbau der U7 soll dann erfolgen, wenn er sinnvoll umgesetzt werden kann und
731 hierbei nicht dem zeitnahen Ausbau anderer Verkehrsmittel entgegensteht.

732

733 **Wirtschafts-, Liefer- und Schwerlastverkehr, sowie Wasserstraßen**

734 Das Aufkommen des Güterverkehrs wächst weiter. Spandau ist Standort und Durchfahrtsgebiet
735 mehrerer Logistikzentren von Online-Händlern, Paketzustellern und Speditionen. Darüber hinaus ist
736 der Bezirk belastet durch „Transitverkehr“ von Lastwagen, die Spandau durchfahren, ohne einen
737 Anlaufpunkt im Bezirk zu haben – häufig nicht einmal in Berlin.

738 Mit der Havel – speziell mit dem Südhafen, mit Spree und Schifffahrtskanal sowie mit diversen
739 Gleisanlagen und dem Güterbahnhof Ruhleben als potentielltem Logistikzentrum mit
740 Straßenanbindung (Charlottenburger Chaussee und Freiheit) – ist Spandau prädestiniert für ein
741 teilweises Umschichten des Wirtschafts- und Lieferverkehrs auf Wasserstraßen und Schienen. Dort
742 wo ein Umschichten nicht realisierbar ist, müssen tragfähige Konzepte entwickelt werden, die
743 Güterverkehr bündeln und organisieren können, um der Überlastung der Spandauer Straßen
744 entgegenzuwirken. Hierzu schlagen wir die Entwicklung eines bezirklichen Gesamtkonzepts vor.

745 Die Wasserstraßen sollen nicht nur wirtschaftlich nützlich sein. Wir sind für eine sinnvolle Nutzung
746 der Wasserstraßen auch für den ÖPNV. Dies darf jedoch nicht bedeuten, Symbolprojekte mit
747 fraglichem Nutzen umzusetzen, um den notwendigen Ausbau anderer Verkehrsmittel
748 aufzuschieben. Zugleich muss bei der Nutzung der Wasserstraßen die Umweltverträglichkeit –
749 sowohl hinsichtlich der Emissionen als auch hinsichtlich des Uferschutzes und des Tierschutzes –
750 gesichert sein.

751 **Nachbarschaft und Kieze**

752 Spandau ist ein besonderer Bezirk. Kein anonymer Fleck auf der Landkarte, sondern ein Ort mit
753 Geschichte und Geschichten, mit Kiezen, mit Menschen, die sich kennen. Doch in den letzten Jahren
754 ist etwas verloren gegangen: das Gefühl, dass jemand zuständig ist. Dass jemand hinschaut. Dass
755 der Bezirk nicht nur verwaltet, sondern sich wirklich kümmert. Es geht um alle notwendigen Güter
756 und Dienstleistungen und darum, dass diese jeder einzelnen Person für ein auskömmliches Leben
757 zur Verfügung gestellt werden.

758 **Nachbarschaftshilfe, die wirklich ankommt**

759 Viele Menschen in Spandau leben allein. Ältere, die keine Familie in der Nähe haben. Menschen, die
760 nach einer Krankheit wieder auf die Beine kommen. Zugezogene, die sich noch nicht auskennen. Für
761 sie kann ein kleines Problem – ein defekter Wasserhahn, ein Arzttermin, eine unleserliche
762 Behördenpost – schnell zur großen Last werden.

763 Wir wollen das ändern: mit einem Kieztreff bzw. einer Kiezkoordination in jedem Ortsteil. Kleine,
764 niedrigschwellige Anlaufstellen, die unkompliziert unterstützen – beim Einkaufen, bei kleinen
765 Reparaturen, beim Ausfüllen von Formularen, beim Navigieren im Behördenschungel. Keine
766 umständliche Bürokratie. Einfach Nachbar:innen und Bekannte, die für andere da sind.

767 Das Rückgrat dieser Arbeit ist das Ehrenamt und das verdient endlich eine angemessene
768 Wertschätzung. Wir wollen Ehrenamtliche in Spandau besser vernetzen, ihnen Räume geben,
769 Fortbildungen ermöglichen und ihre Arbeit sichtbar machen, denn wer ehrenamtlich arbeitet, tut
770 das füreinander – nicht nur miteinander. Das ist ein Unterschied, den wir ernst nehmen.

771 Gleichzeitig wollen wir alle bestehenden Beratungsangebote im Bezirk besser vernetzen. Wer Hilfe
772 sucht, sollte nicht zehn Telefonnummern ausprobieren müssen. Ein übersichtliches, digitales und
773 analoges Netzwerk zeigt klar: Wer hilft wem – und wie komme ich hin?

774 Sozialraumorientierte Konzepte zur Stärkung von Kindern und Familien und zur Bekämpfung von
775 Kinderarmut sind notwendig. Wir werden den „Spandauer Sozialgipfel“ weiter durchführen, um alle
776 sozialen Träger an einen Tisch zu holen, um ein Konzept zur Bekämpfung von Kinder- und
777 Familienarmut zu erarbeiten, aber auch um anderen vulnerablen und marginalisierten Gruppen
778 Unterstützung anzubieten.

779 **Streiten ohne Gericht**

780 Nachbarschaftskonflikte sind so alt wie das Zusammenleben. Streit wegen Lärm, Müll, parkenden
781 Autos oder Gerüchen. Die meisten dieser Konflikte enden nicht vor Gericht – aber sie vergiften den
782 Alltag, manchmal jahrelang. Wir brauchen niedrigschwellige Wege, Konflikte zu lösen, bevor sie
783 eskalieren.

784 Spandau hat drei Schlichtungsstellen. Das ist ein Anfang – aber nicht genug. Wir wollen diese Stellen
785 ausbauen, modernisieren und für alle Altersgruppen attraktiver machen. Wir wollen mehr

786 Menschen für das Ehrenamt als Schlichter:innen begeistern, um möglichst viele Lebensrealitäten
787 abzubilden und eine breite Auswahl an Sprachen anzubieten für die Schlichtungsgespräche.
788 Mediation soll zur ersten Reaktion werden – nicht zur Ausnahme.

789 Dabei denken wir Konfliktlösung breiter: Konfliktlots:innen-Kurse an Schulen können früh ansetzen
790 und eine Kultur der Verständigung fördern. Integrationslots:innen leisten bereits wertvolle
791 Vermittlungsarbeit im Alltag. Diese Strukturen wollen wir stärken und gezielt mit den
792 Schlichtungsstellen verknüpfen. Damit Stadtteilzentren und Beratungsstellen diese Rolle überhaupt
793 ausfüllen können, brauchen sie mehr Personal und mehr Räumlichkeiten.

794

795 Orte der Begegnung – für alle, nicht nur für manche

796 Ein Bezirk lebt von seinen Treffpunkten. Von Orten, an denen Menschen zusammenkommen – ohne
797 etwas bezahlen zu müssen und die konsumfrei sind. Orte zum Reden, Spielen, Lachen oder einfach
798 zum Dasein. Doch genau diese Orte werden immer weniger. Wer kein Geld hat, bleibt oft außen vor.
799 Das ist nicht gerecht.

800 Wir sagen: Begegnung darf kein Luxus sein!

801 Wir wollen Räume schaffen, in denen jede:r willkommen ist – unabhängig vom Geldbeutel. Deshalb
802 wollen wir den Rathauskeller in Spandau endlich öffnen. Ein Raum, der nicht verwaltet wird, sondern
803 lebt. Der dem Bezirk gehört und den Menschen, die hier wohnen.

804 Wir wollen eine Kiezkantine, in der man gemeinsam günstig essen kann, neue Menschen
805 kennenlernt und merkt: Ich bin nicht allein.

806 Gerade in einem vielfältigen Bezirk wie Spandau braucht es Orte, die verbinden. Deshalb wollen wir
807 Begegnungsstätten interkulturell und interreligiös öffnen, barrierefrei gestalten und so
808 weiterentwickeln, dass sie die Realität unseres Bezirks widerspiegeln. Vielfalt darf kein Schlagwort
809 sein – sie muss erlebbar werden.

810 Wir wollen Orte, an denen Generationen sich begegnen: Kinder, die Unterstützung bekommen.
811 Jugendliche, die Raum haben. Familien, die sich austauschen. Ältere Menschen, die nicht allein
812 bleiben. Orte, die den Alltag besser machen.

813 Denn ein funktionierender Kiez entsteht nicht von allein. Er braucht Räume. Und eine Politik, die sich
814 kümmert.

815

816 Bildung und Kultur für Alle

817 Bildung ist kein Luxus – sie ist ein Recht. Wer sich weiterbilden will, darf nicht an seinem Geldbeutel
818 scheitern. Wir wollen in Spandau kostenlose Bildungsangebote für Erwachsene ausbauen –
819 gemeinsam mit der Volkshochschule und anderen Trägern.

820 Musik, Kunst, Kultur dürfen nicht nur für Wenige erreichbar sein. Unsere Musikschulen sind gut,
821 doch wir wollen, dass sie alle Kieze erreichen, nicht nur die, die nah an Bus oder Bahn wohnen.
822 Mobile Angebote sollen Kultur zu den Menschen bringen. Musik ist kein Privileg für Bessergestellte
823 – sie ist ein Recht für Alle in Spandau.

824 Besonders am Herzen liegt uns unsere Kulturwerkstatt – ein Ort, an dem man praktisch lernt:
825 Heimwerken, bauen, reparieren, gestalten. Besonders Frauen, die bislang wenig Zugang zu
826 handwerklichem Wissen hatten, sollen gefördert werden. Hilfe zur Selbsthilfe ist für uns keine
827 Phrase. Wer ein Regal aufbauen, einen Wasserhahn wechseln oder etwas reparieren kann, ist ein
828 Stück unabhängiger. Und genau diese Unabhängigkeit wollen wir für alle Menschen in Spandau
829 ermöglichen.

830 Wir glauben: Bildung und Kultur verbinden. Sie schaffen Gemeinschaft. Sie machen Menschen stark.

831

832 Natur: Ein Grundbedürfnis

833 Natur berührt uns alle. Studien zeigen, dass Grün zu sehen, draußen zu sein, Bäume, Blumen und
834 Wasser zu erleben, die psychische Gesundheit verbessert, Stress reduziert, Kinder ruhiger und
835 Erwachsene resilienter macht. Trotzdem ist der Zugang zu Natur in Spandau ungleich verteilt. Wer
836 einen Garten hat oder nahe der Havel oder des Waldes wohnt, hat Glück. Wer in einem dicht
837 bebauten Kiez lebt, schaut oft nur auf graue Hinterhöfe.

838 Wir wollen das ändern. Wir wollen Nachbarschaftsgärten schaffen – gemeinschaftlich genutzte
839 Grünflächen, auf denen Menschen gärtnern, sich treffen und erholen können. Wir setzen uns dafür
840 ein, dass bestehende Parks und Grünflächen barrierefrei, gepflegt und einladend gestaltet werden.
841 Barrierefrei bedeutet für uns, dass jede:r, vom Kinderwagen bis zum Rollstuhl, die Natur erleben
842 kann. Zudem wollen wir dafür sorgen, dass naturnahe Freizeitangebote für alle Spandauer:innen
843 erreichbar sind – unabhängig von Einkommen oder Mobilität.

844 Natur soll verbinden und Orte geschaffen werden, an denen Generationen und Menschen aus allen
845 Kulturen und Lebenslagen sich begegnen, nicht aneinander vorbeileben. Wir wollen die
846 Lebensqualität in jedem Kiez spürbar machen.

847

848 Ein sauberes Spandau

849 Sauberkeit in der Umgebung klingt wie eine Selbstverständlichkeit - ist es aber oft nicht. Wer täglich
850 an vollen Mülleimern, Hundehaufen auf Gehwegen oder vermüllten Spielplätzen vorbeikommt,
851 spürt: Hier kümmert sich niemand. Das zermürbt, senkt das Sicherheitsgefühl und nimmt den
852 Menschen die Lust, selbst aktiv zu werden.

853 Wir wollen das ändern: Mehr Mülleimer, besonders in Grünanlagen, an Spielplätzen und an Orten,
854 an denen viele Menschen unterwegs sind, sowie flächendeckend Hundekotbeutel bereitstellen.

855

856 Nahversorgung im Kiez

857 Gute medizinische und soziale Versorgung darf nicht davon abhängen, wie schnell oder einfach eine
858 Praxis, ein Geschäft oder eine Einrichtung erreichbar ist. Alle Menschen in Spandau müssen die
859 Angebote des täglichen Bedarfs wohnortnah, bezahlbar, barrierefrei und bedarfsgerecht erreichen
860 können. Dazu zählen nicht nur Einkaufsmöglichkeiten, sondern ausdrücklich auch gesundheitliche
861 Versorgung, soziale Infrastruktur wie Schulen und Kitas, Dienstleistungen sowie einladende
862 öffentliche Räume im Stadtteil.

863 Die Ausgangslage in den Spandauer Ortsteilen ist dabei sehr unterschiedlich. Während einige
864 Zentren gut ausgestattet sind oder weiterentwickelt werden, bestehen andernorts deutliche
865 Versorgungslücken. Das ist planerisches Versagen. Bauvorhaben und großräumige
866 Quartiersentwicklungen müssen deshalb künftig einen verbindlichen Beitrag zu Nahversorgung,
867 sozialer Infrastruktur und gesundheitlicher Versorgung leisten. Bezirk und Land müssen
868 planungsrechtliche Instrumente konsequent nutzen, um eine verlässliche Versorgung in allen
869 Stadtteilen sicherzustellen. Bei der haus- und kinderärztlichen Versorgung braucht es darüber hinaus
870 politischen Druck aus Bezirk und Abgeordnetenhaus, damit die bestehende Bedarfsplanung
871 umgesetzt wird und tatsächlich mehr Niederlassungen in bislang unterversorgte Bezirke wie
872 Spandau gelenkt werden.

873 Gute Gesundheitsversorgung darf zudem nicht daran scheitern, dass Menschen aufgrund von Alter,
874 Behinderung, eingeschränkter Mobilität oder großer Entfernungen keinen einfachen Zugang zu
875 Praxen haben. Wer auf Unterstützung angewiesen ist, darf nicht abgehängt werden. Deshalb wollen
876 wir Gesundheit dorthin bringen, wo Menschen leben. Mobile Ärzt:innen- und Zahnärzt:innen-Teams
877 sollen gezielt in Kiezen, Stadtteilzentren, Pflegeeinrichtungen und Schulen eingesetzt werden, um
878 kurze Wege zu Beratung und erster Versorgung zu schaffen. Diese Angebote müssen barrierefrei
879 gestaltet sein und insbesondere Senior:innen, Menschen mit Behinderungen sowie
880 mobilitätseingeschränkte Bewohner:innen erreichen.

881 Ein konkretes Beispiel zeigt, dass dieser Ansatz wirkt: Nach langem politischen Einsatz der
882 Linksfraktion in der BVV Spandau wird im Schuljahr 2026/2027 eine Schulgesundheitsfachkraft an
883 der Siegerland-Grundschule eingesetzt. Diese Fachkraft wird dauerhaft präsent sein und die

884 schulische Gesundheitsförderung und -versorgung stärken. Dieses erfolgreiche Modell wollen wir
885 nicht nur sichern, sondern perspektivisch ausbauen und auf weitere Standorte übertragen.

886 Ergänzend setzen wir uns für den Ausbau medizinischer Versorgungszentren in Spandau ein, um eine
887 größere fachliche Vielfalt zu ermöglichen und Versorgungslücken zu schließen.
888 Gesundheitsangebote müssen sich am Bedarf der Menschen orientieren und dauerhaft gestärkt
889 werden – für Kinder und Jugendliche ebenso wie für ältere Menschen oder Menschen mit
890 Einschränkungen. Gesundheit darf keine Frage der Erreichbarkeit oder Wirtschaftlichkeit sein,
891 sondern ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in allen Nachbarschaften Spandaus.

892 **Rathaus für die Menschen**

893 In den Bezirken werden die Fragen entschieden, die den Alltag der Menschen unmittelbar betreffen
894 – von Bildung und sozialer Infrastruktur bis hin zu Stadtentwicklung und Verkehr. Hier zeigt sich, ob
895 Politik konkret funktioniert und bei den Menschen ankommt.

896 Die Bezirksverwaltung ist dabei das Rückgrat des öffentlichen Handelns vor Ort. Sie sorgt dafür, dass
897 Beschlüsse umgesetzt, Leistungen erbracht und öffentliche Aufgaben zuverlässig erfüllt werden.
898 Eine gut ausgestattete, handlungsfähige und bürgernahe Verwaltung ist Voraussetzung für einen
899 funktionierenden Bezirk und für das Vertrauen der Menschen in die Politik. Deshalb gilt es, die
900 Spandauer Verwaltung personell, finanziell und strukturell nachhaltig zu stärken.

901 **Verwaltung**

902 Wir wollen keinen Personalabbau, sondern weiteren Personalaufbau. Besonders in zentralen
903 Ämtern wie z.B. der Bau- und Wohnungsaufsicht, im Jugendamt und im Ordnungsamt wollen wir
904 mehr Personal gewinnen. Zudem wollen wir mehr bezirkliches Personal für die Verfolgung von
905 Mietwucher. Wir unterstützen die Forderungen des Landeswahlprogramms zur Entlastung der
906 Beschäftigten in der Verwaltung.

907 Wir unterstützen die begonnenen Projekte zu New Work und der KI-Strategie im Rathaus. Für uns
908 steht dabei im Vordergrund, dass diese für und mit den Beschäftigten entwickelt werden. KI darf
909 zudem nicht zur Kontrolle oder zu Arbeitsplatzverlust führen.

910 Wir setzen uns dafür ein, dass die Anmietpraxis für Büroräume beendet wird. Das soll Rathaus
911 ertüchtigt werden und ein neues Bürogebäude errichtet werden, z.B. am Ort der alten Bibliothek.

912 Es soll eine Umorganisation des Rathauses nach den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger im
913 Sinne kurzer Wege und im Sinne der Beschäftigten geben. Das Rathaus benötigt zudem ein
914 modernes und einfaches Wege-Leitsystem.

915 Die Einrichtung einer Beschäftigtenmensa, z.B. im Kulturhaus, soll weiterverfolgt werden.

916 Wir unterstützen die Forderungen des Landeswahlprogramms zur demokratischen Digitalisierung
917 der Verwaltung.

918

919 **Verwaltung für die Menschen**

920 Die Verwaltung im Bezirk muss für die Menschen da sein. Menschen, die Hilfe suchen oder Anträge
921 stellen, dürfen nicht an unübersichtlichen Zuständigkeiten, komplizierten Formularen oder
922 mangelnder Abstimmung zwischen Behörden scheitern. Eine Verwaltung für die Menschen
923 bedeutet für uns: verständliche Verfahren, verlässliche Ansprechpartner:innen, kurze Wege und
924 eine Kultur des Ermöglichens. Dazu gehören eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Ämtern

925 ebenso wie eine funktionierende Kommunikation mit Landes- und Bundesbehörden. Ziel muss sein,
926 Anliegen schneller, einfacher und nachvollziehbarer zu bearbeiten.

927 Die Einführung von Kombianträgen soll erfolgen, damit zusammenhängende Leistungen und
928 Anliegen gebündelt beantragt werden können. Wir wollen in diesem Kontext, die Abstimmung
929 zwischen den bezirklichen Ämtern und mit Landes- und Bundesbehörden verbessern.

930 Wir setzen uns für ein Angebot zur Antragsberatung in den Bürgerämtern und Fachämtern ein, damit
931 Anträge nicht an formalen Hürden scheitern und Menschen frühzeitig Unterstützung erhalten.

932 Zudem braucht es Servicezeiten und Angebotsstrukturen, die sich stärker an der Lebensrealität
933 berufstätiger Menschen, Alleinerziehender, älterer Menschen und Menschen mit
934 Unterstützungsbedarf orientieren.

935

936 **Barrierefreiheit**

937 Unser Bezirk muss für alle Menschen zugänglich sein. Barrierefreiheit ist dabei weit mehr als der
938 Abbau von Treppenstufen. Sie bedeutet, dass öffentliche Gebäude, Informationen, Dienstleistungen
939 und zwischenmenschliche Begegnungen so gestaltet werden, dass alle Menschen selbstbestimmt
940 teilhaben können.

941 Für uns umfasst Barrierefreiheit sowohl die bauliche und technische Zugänglichkeit als auch den
942 respektvollen, diskriminierungsfreien Umgang in Verwaltung und Öffentlichkeit. Niemand darf
943 ausgeschlossen werden, weil Informationen unverständlich sind, Dolmetschung fehlt, Ämter schwer
944 erreichbar sind oder Menschen nicht ernst genommen beziehungsweise aufgrund ihrer
945 persönlichen Lage abgewertet werden.

946 Wir wollen deswegen den schrittweisen Abbau baulicher Barrieren in allen bezirklichen Gebäuden,
947 Einrichtungen und Verwaltungsstandorten, verbindliche Standards für barrierefreie digitale
948 Angebote, Formulare, Webseiten und Online-Terminvergaben sowie mehr Informationen in
949 einfacher Sprache, sowie verständliche, mehrsprachige und leicht zugängliche Formulare, Bescheide
950 und Informationsangebote.

951

952 **Beteiligung**

953 Viele Formen der bisherigen Bürgerbeteiligung sind nicht mehr zeitgemäß und erreichen zu oft nur
954 einen kleinen Teil der Bevölkerung. Beteiligung darf kein formaler Pflichttermin sein, sondern muss
955 lebendig, zugänglich und wirksam gestaltet werden.

956 Wir wollen echte Teilhabe ermöglichen für Bürger:innen ebenso wie für Vereine, Verbände und
957 Initiativen. Dazu gehören transparente Verfahren, frühzeitige Einbindung und Formate, die
958 unterschiedliche Lebensrealitäten berücksichtigen und mehr Menschen erreichen.

959 Unser Ziel ist eine „Beteiligungs-BVV“, in der Mitwirkung nicht nur vorgesehen ist, sondern
960 tatsächlich stattfindet und Einfluss hat. Entscheidungen sollen nachvollziehbar sein und gemeinsam
961 mit den Menschen im Bezirk entwickelt werden.

962 Wir streben deswegen den Ausbau der Kinder- und Jugendbeteiligung an, u.a. durch ein Kinder- und
963 Jugendparlament mit Antragsrecht in der BVV. Es soll ein Bürgerbeteiligungsbüros wie z.B. in Mitte
964 eingerichtet werden. Seniorenvertretung muss gestärkt werden. Wir setzen uns ein für den Zugang
965 der Vereine, Verbände und Initiativen per Antragsrecht in den Ausschüssen der BVV sowie das
966 Rederecht für sie in der BVV. Es sollen zudem themenbezogene Bürgerräte eingesetzt werden. Wir
967 fordern die Verstärkung der Mitarbeiter:innenstellen im BVV-Büro u.a. zur Organisation und
968 Betreuung von Bürgerbeteiligungsformaten – mindestens sollen die E6-Stellen auf E7 und die E10-
969 Stellen auf E11 angehoben werden. Einwohneranträgen/-begehren sollen vereinfacht werden, u.a.
970 Reduzierung der erforderlichen Unterschriften für die Einbringung. Das Live-Streaming der BVV-
971 Sitzung wollen wir erhalten und auf die Ausschüsse ausdehnen.